

Eindrücke der Konferenz „Umwelt und Ressourcen indigener Völker in der Asien-Pazifik-Region“

von Janis Geschke

Am 21. und 22. Mai versammelten sich rund 65 Menschen in Berlin um über die Probleme, Ursachen und Folgen der Ressourcenausbeutung in der Asien-Pazifik-Region zu diskutieren. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Pazifik Netzwerk und dem West Papua Netzwerk. Besonderer Fokus lag auf der Frage, was dies für indigene Völker bedeutet und wie die Zivilgesellschaft mit den Bedrohungen umgeht. Direkt betroffene Aktivisten und Aktivistinnen aus Indonesien und Papua-Neuguinea stellten neben deutschen Akteuren und Akteurinnen die Problematik aus ihrer Sicht dar und ermöglichten einen Perspektivwechsel. Damit auch ein größeres Verständnis.

Einen Überblick über die Dimensionen der Ressourcenausbeutung, sowie des Handels gab Sven Hilbig (Brot Für die Welt). Die globale Nachfrage von Rohstoffen ist seit den 80ern um 80 Prozent gestiegen, der Handel vergrößerte sich sogar um 150 Prozent. Europa trägt hier eine ganz besondere Verantwortung, da es der Hauptimporteur von Rohstoffen aus der Asien-Pazifik-Region ist. Selbstverständlich sind die Ressourcen dennoch begrenzt, was dazu führt dass transnationale Unternehmen um die Gunst der Regierungen buhlen ohne sich in irgendeiner Verantwortung gegenüber dem Menschen oder der Natur zu sehen. Erstaunlicherweise tun die Regierungen dies auch nicht, obwohl die Auswirkungen bereits sichtbar sind und die lokale Bevölkerung darunter leidet. Schockierend war die Vielfalt der Probleme, so sind weltweit gesehen circa 30 Prozent aller Minen innerhalb der Philippinen in Betrieb. Der Zugang zu den Minengebieten wird von bewaffneten „Investitions-Schutztruppen“ kontrolliert, damit aber häufig auch der Zugang zu Dörfern.



Leonard Imbiri (DAP) und Julia Ratzmann (Pazifik-Netzwerk). Foto: Christine Denck

Entwicklung und Umwelt

In der Mongolei ist der Wasserspiegel stark gesunken und das Wasser ist mit Schwermetallen verseucht. In Myanmar sind seit 2011 Fälle von Landraub explosionsartig in die Höhe geschossen und Protest dagegen wird (oft) brutal niedergeschlagen. Weltweit wurden 15 Millionen Hektar Land gekauft, hauptsächlich in Indonesien, wo es gleichbedeutend war mit der Abholzung von Wäldern, Landraub und einem gewaltigen Anstieg an Menschenrechtsverletzungen. Erschreckend war, dass diese Beispiele nicht die Ausnahme darstellen: Es ist egal wo auf der Welt es passiert. Es passiert, und die aufkommenden Konflikte sind immer die gleichen. Dies ist nicht nur aus ökonomischer Perspektive schockierend: Land in einem Konfliktgebiet zu (ver-)kaufen oder zu übertragen mit dem alleinigen Zweck der Ausbeutung, eröffnet eine grundlegend neue ethische Dimension.

In diesen ernüchternden Überblick gab Leonard Imbiri (YADUPA) die Idee zivilgesellschaftlicher Ansätze zum Schutz ihrer Rechte und ihres Land hinein. West-Papua ist ein reiches Land, gesehen an der Menge der Ressourcen, welche es besitzt. Wälder und Fischgründe, aber auch Kohle, Nickel, Gold, Kupfer und viele andere. Eigentlich müsste das Land durch den Abbau und Export unheimlich reich sein. Umso erstaunlicher ist es, dass die höchste Konzentration an Armut dort ist, wo Minen sind. Doch genau der Reichtum an Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen erzeugt ein unheimliches Konfliktpotenzial. Landkonflikte gehören zu den Hauptkonfliktthemen in West-Papua. Traditionelles Landrecht und Gewohnheitsrecht werden von der Regierung nicht akzeptiert und das Land wird an Investoren verkauft. Wenn sich lokale Gemeinschaften wehren, werden sie bedrängt oder gewaltsam umgesiedelt, bzw. vertrieben. Vertreter von Unternehmen kommen in die Dörfer und machen große Versprechungen wie besseres Wohnen, Bildung durch Schulen, medizinische Versorgung, usw. doch am Ende, lässt sich von allen dem nichts in den Verträgen finden, wenn überhaupt eine Kopie des Vertrages da gelassen wurde. Dies verstößt gegen Internationales Recht. Theodor Rathgeber (Forum Menschenrechte) führte in seinem Vortrag aus, dass die Unternehmen, als auch die Regierung den gleichen Menschenrechtsnormen unterliegen und zum Schutz dieser verpflichtet sind. Die Menschen in den Dörfern müssen vorher über alles informiert und auch über die Konsequenzen aufgeklärt werden. Und zwar in ihrer Sprache. In einer Sprache welche für sie verständlich ist und nicht in einer, welche die größte Rendite abwirft. Weiter gibt es die Verpflichtung des Staates in einer nicht diskriminierenden Art und Weise zu handeln, sowie die Verpflichtung traditionelle oder andere Lebensweisen zu berücksichtigen. Menschenrechte können nach dem Verständnis des internationalen Rechts eingeschränkt werden, aber nur soweit, wie sie nicht die grundsätzliche Schutzfunktion berühren. Diese ist das Selbstbestimmungsrecht, welches absolut ignoriert wird. Genau hier ist die Grenze erreicht zwischen Gesetze haben und Gesetze durchsetzen. Um Gesetze durchzusetzen sind die nötigen unabhängigen Instrumente auf nationaler Ebene und auf internationaler Ebene notwendig. Bindende Verpflichtungen von Staaten, welche jeder Mensch einklagen kann.

Indigene Papua werden von der indonesischen Regierung extrem marginalisiert. Hinzu kommt, dass sie immer weniger werden, im Verhältnis zu nicht – Papua, welche hauptsächlich Arbeitsmigranten und Migrantinnen sind. Im Jahre 2030 werden indigene Papua wahrscheinlich nur noch 16 Prozent der Bevölkerung ausmachen und aus einer Diaspora heraus handeln. Dies erschwert die Kommunikation und Beziehung zwischen Papua und nicht – Papua, verstärkt durch einen nicht vorhandenen Minderheitenschutz, wodurch Angst ebenso eine Rolle einnimmt. In dieser schwierigen Situation haben Papua angefangen ihr Land zu kartografieren, Untersuchungen und Forschung zu betreiben, Institutionen für indigene Menschen zu errichten und ihren Willen zum Dialog immer wieder zum Ausdruck gebracht. Diese Handlungen sind nicht ungefährlich. Gegenwärtig gibt es immer noch extra-legale Verurteilungen, Exekutionen und Kriminalisierung von Menschen. Die Spannungen werden durch die Annahme, dass die Konflikte bewusst induziert werden um Polizeigewalt und den Einsatz des Militärs zu rechtfertigen, noch verstärkt. Zusätzlich werden Papuas gegeneinander gezielt ausgespielt. Beispielhaft lässt sich die Situation in einem Vergleich gegenüberstellen: Das Niveau der Bildungseinrichtungen wird immer niedriger, wogegen Landrechte und dessen Nutzung immer mehr veräußert werden.

Entwicklung und Umwelt

„Take, take, take and give nothing back!“

Ein sehr wirkmächtiger Satz von Rosa Koian (Bismarck Ramu Group) aus Papua-Neuguinea. Sie hielt einen energischen Beitrag und griff die Regierung scharf an. Wenn diese ihre Arbeit vernünftig machen würde, wären Nichtregierungsorganisationen überflüssig! Ein Punkt, welcher nicht nur in Papua-Neuguinea gilt, sondern bei allen Ländern, welche von Landraub und Ressourcenabbau betroffen sind. Land bedeutet mehr als nur Grund und Boden. „Land bedeutet Leben. Es ist unsere Schwester, unser Bruder. Es ist alles für uns.“ Anscheinend wiegen die Interessen von Unternehmen aber schwerer, als die der Menschen, welche auf dem Land leben. Am Ende zählt das Geld und nicht der Mensch. Sie berichtete von Mitgliedern der Regierung, welche gegeneinander arbeiten um ihre Interessen zu vertreten, während die Menschen in den ländlichen Gegenden durch falsche Versprechen und Geld getäuscht werden. In diese sehr düstere Realität streut Sie aber auch Hoffnung durch Widerstand. Bei Landraub gibt es einen vereinten Widerstand, in anderen Bereichen fehlt dieser noch, aber Widerstand wird gelebt. Ob dieser stark genug ist die Macht von Unternehmen zu beeinflussen, ist schwer zu sagen. Als Beispiel stellte Sie die Bismarck Ramu Group vor, welche u.a. zur Ernährungssicherheit der Menschen als Folge des Klimawandels arbeitet. Eine sehr beeindruckende Idee, ist Menschen darin auszubilden ihr Handy und soziale Netzwerke als Ressource zum sammeln von Daten zu benutzen. Dadurch soll bekannt werden, was wo passiert und Bewusstsein wie Wissen wird geschaffen. Die massive Ausbeutung der Natur hat eine Veränderung des Ökosystems zur Folge. Papua mit einem traditionellen Lebensstil sind auf das Ökosystem angewiesen, welches aber durch Entwaldung und Verschmutzung der Gewässer stirbt. Damit sind sie direkt bedroht von den Folgen des Ressourcenabbaus. Eine Folge sind Landkonflikte, da die Menschen in andere Gebiete ziehen, wo die Natur noch intakt ist. Eine Konsequenz, welche auch durch die riesigen und expandierenden Palmölplantagen verursacht wird. Die Menschen sind es Leid ausgebeutet, vertrieben und nicht einmal gefragt zu werden. Die Konflikte werden sich verstärken und



Gruppenarbeit bei der Rohstofftagung. Foto: Christine Denck

nicht weniger werden, solange keine Lösung gefunden wird. Diese Situation könnte sich verschärfen, da Kanada Tiefseebohrungen vor der Küste Papua-Neuguineas plant. Dies, obwohl nicht genügend Informationen darüber vorliegen. Widerstand gegen das Projekt gibt es schon aus der Position heraus,

Entwicklung und Umwelt

nicht das Versuchsgelände irgendwelcher Experimente zu sein. Als Folge dessen wurde die Frage gestellt, warum die kanadische Regierung das Experiment nicht auf eigenem Grund durchführt.

Ein sehr bewegender Punkt wurde in der anschließenden Diskussion sehr deutlich. Da West-Papua und Papua-Neuguinea direkt aneinander Grenzen, liegt ein Vergleich nahe. Auf die Frage ob die Situationen ähnlich sind, gab Rosa Koian eine harte Antwort: „Die Arbeit kann miteinander verglichen werden. Die Gewalt nicht. Was in West-Papua passiert ist undenkbar.“ Dieses Statement wurde von einer Frau ausgesprochen, dessen Land von unrechtmäßigem Landraub, Repression, Menschenrechtsverletzungen und gewaltsamen Konflikten betroffen ist. Einer Frau, welche mit diesen Themen ständig konfrontiert ist. Dies wurde von einem anderen Sprecher ebenfalls ausgedrückt, als dieser seine Betroffenheit durch die Situation in West-Papua offen zeigte. Damit auch, wie machtlos er sich fühlt und einen Appell mit der Bitte um Hilfe an jeden einzelnen im Saal richtete.

„Don't give it away, as it is nearly impossible to get it back! “

Es ist zuweilen schwierig zu verstehen, warum die Menschen ihr Land verkaufen, obwohl sie die Folgen bei anderen Dörfern sehen die ihr Land schon veräußert haben. Ein Teil des Landes wird einfach genommen, ein anderer Teil verkauft. Die Beiträge machten jedoch deutlich, dass in den meisten Fällen das Land genommen wird, auf die eine Art oder die andere. Kristina Neubauer (Vereinte Evangelische Mission) berichtete in dem Zuge von einem ökumenischen Teambesuch der Vereinten Evangelischen Mission in Südpapua in 2012, welcher u.a. durch Petrus Khariseb (Namibia) begleitet wurde, dessen Land aufgrund der Apartheid genommen wurde. Sie berichtete von verschiedenen Herangehensweisen der Unternehmen um an das Land der Menschen zu kommen. Ein Dorf wurde von Vertretern eines Unternehmens besucht, welches das Land aufkaufen wollte. Die Vertreter versprachen viele Dinge, sinnvolle Dinge, wie bessere Wohnungsverhältnisse, Schulen und Krankenhäuser, oder auch Bankkonten für die Bewohner und Bewohnerinnen. Die indigenen Papua fühlten sich von dem Unternehmen in einer Weise respektiert, gehört und anerkannt welche sie bei ihrer Regierung missen, von der sie marginalisiert, unterdrückt sind und in welche sie das Vertrauen verloren haben. Sie folgten der Argumentation des Unternehmens und verkauften ihr Land. Als das Unternehmen dann aber keines seiner Versprechen erfüllte wurden sie wütend. Sie klagten es an: wo sind die Schulen, wo die Krankenhäuser? Das Unternehmen reagierte nicht oder zahlte nur einige der Familien teilweise aus, was natürlich Argwohn und Zwietracht in der Gemeinschaft säht, da sich einige hintergangen fühlen. Eine Methode um Menschen gegeneinander auszuspielen. Dies passierte auch in anderen Gemeinschaften. Wenn ein Dorf das Unternehmen verklagen wollte, war oft die erste Hürde überhaupt eine Kopie des Vertrages zu bekommen, da oft keine bei den Menschen gelassen wird. In dem Vertrag steht dann fast immer nichts von den gemachten Versprechen, oder diese sind an die wirtschaftliche Lage des Unternehmens geknüpft, was eine sehr vage und schlecht einklagbare Verbindung ist. Es wurde weiter von Gemeinschaften berichtet, welche das Angebot von Unternehmen zurückwiesen. Folgen waren Einschüchterungen, Drohungen, die Verweigerung medizinischer Versorgung und (manchmal gewaltsamer) Druck von Seiten der Regierung, den Vertrag zu unterschreiben. Eine Strategie um erst gar nicht in diese Situation zu kommen war das Aufsetzen eines eigenen Vertrags und diesen den Unternehmen anzubieten. Natürlich wurde er von dessen Seite abgelehnt. In der folgenden Diskussion wurde nach der Besonderheit West-Papuas gefragt. Die Antwort schließt an Rosa Koian an: „In West-Papua ist es wesentlich einfacher jemanden, der gegen den Vertrag ist, zum Schweigen zu bringen.“

„82,5 percent of ecological destruction actors are corporations, followed by government.“

Ein letzter Beitrag zu Indonesien wurde von Abet Nego Tarigan (WALHI/ Friends with the Earth Indonesia) gegeben. Er stellte noch einmal sehr anschaulich die Mechanismen der Ressourcenausbeutung sowie Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Widerstandes dar. Die indonesische Regierung ändert häufig die Kriterien, welche erfüllt sein müssen, um Bergbau- oder Projekte anderer Art möglich zu machen. Dies schließt mittlerweile Konzessionen in Küsten- und

Entwicklung und Umwelt

maritimen Regionen mit ein in welche diese auch ihre Abfälle entsorgen dürfen. Dennoch, die größte Fläche Indonesiens ist noch mit Wald bedeckt. Die Entwaldung nimmt jedoch stetig zu und Konzessionen für Bergbauprojekte oder Palmölplantagen werden für Waldgebiete ebenso vergeben. Über 120 Millionen Hektar Land wurden als Konzessionen vergeben. In diesen Leben über 30.000 Gemeinden. In Zentral Kalimantan sind die einzigen noch übrigen Gebiete für Menschen, die Flüsse. Die logische Konsequenz sind immense Landkonflikte. Der Protest gegen die Plantagen wird aber kriminalisiert durch das „Plantation Law“ nach welchem jegliche Handlung gegen Plantagen kriminell ist. Eine Taktik, die Bewohner und Bewohnerinnen provoziert, was wiederum als Rechtfertigung für Polizei- oder Armeemaßnahmen benutzt wird. Hier ist es wichtig durch Netzwerke und gegenseitige Unterstützung die Menschen zu stärken, denn die Kriminalisierung des Protests demoralisiert die Menschen. Die Aufgabe von Nichtregierungsorganisationen ist es die Menschen zu unterstützen, damit sie nicht ihre Hoffnung und Kraft verlieren. Nach Tarigan sind 90 bis 95 Prozent der Konflikte zwischen Gemeinden und Unternehmen. WHALI versucht als Mediator zu fungieren. Sie sind aber nicht neutral, können es auch gar nicht sein, da sie immer auf der Seite der Gemeinschaften sind.

In der folgenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen ob die Zivilgesellschaft gespalten ist oder zusammen steht. Darauf wurde ein interessanter Ansatz hineingegeben: Ja, die Gesellschaft ist gespalten und auch wenn du es nicht verhindern kannst, kannst du dafür sorgen dass es nicht im Desaster endet! Dies verdeutlichte noch einmal die wichtige Funktion von Nichtregierungsorganisationen, da an dem neuen Master Plan, 60 Prozent der Regierungsmitglieder als Investoren beteiligt sind. Leider lässt sich wenig auf diese hoffen. Als den wichtigsten Weg um Veränderungen hervorzurufen wurde eindeutig der Dialog benannt.

Ein Exkurs zur Thematik wurde von Annette Breckwoldt (Institut für Marine Tropenökologie) gegeben. Sie berichtete über die Fidschi Inseln und deren lokale Nutzungsrechte, sowie über die Auswirkungen des Klimawandels und immer stärkerer Überfischung. Die traditionellen Methoden wurden dem neuen Community Based Marine Resource Management (CBMRM) gegenübergestellt. Peter Kreysler (Radio- und TV-Journalist) teilte am Abend seine Erfahrungen aus einer Reise in das Hochland Papua-Neuguineas, auf welcher er Minengegenden, von unter anderem Exxon Mobile, besuchte und mit der lokalen Bevölkerung sprach.

Abschließend wurde eine kurze Podiumsdiskussion geführt in welcher vieles noch einmal Revue passiert wurde.

Unterschiedliche Ansätze z.B. in wie weit die Notwendigkeit besteht direkt mit Unternehmen in Dialog zu treten, wurden diskutiert. Auch die Rolle Deutschlands wurde angesprochen. Als Teil von Europa, welches die meisten Rohstoffe aus der Region importiert, besitzen wir eine Verpflichtung. Wir können Bewusstsein für die Situation in Indonesien und Papua-Neuguinea schaffen, sowie eine überwachende Funktion übernehmen (z.B. über die Panzer welche Deutschland an Indonesien verkauft hat). Lobbying auf europäischer Ebene ist ebenfalls effektiv, da die indonesische Regierung europäische Regelungen beobachtet und darauf reagiert. Da Gewaltfreiheit die Grundlage des Widerstandes ist, spielt der Dialog die zentrale Rolle. Dies wurde auch für West-Papua bejaht, obwohl dies dort sehr schwierig ist. Durch die andauernde Repression ist es nicht ungefährlich zu Foren zusammen zu kommen und zu sprechen. Hier steht die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung Schutzräume zu errichten in denen indigene Papua als Menschen zueinander sprechen können. Frei von Angst und Unterdrückung.